

→ Postwurfsendung an alle Haushalte zur Kommunalwahl

KEIN KREUZ DER AFD

Bei der Kommunalwahl im März 2020 steht die »Alternative für Deutschland« (AfD) in vielen Städten und Gemeinden auf dem Wahlzettel. Über keine zweite Partei wird momentan so viel diskutiert und gestritten. Verteidigt wird die extrem rechte Partei häufig damit, »denen da oben« einen Denkmalschutz verpassen zu wollen oder die Interessen der »kleinen Leute« stärker in die Politik einzubringen. Aber welche Forderungen vertritt die AfD wirklich und was bedeuten sie für unsere Gesellschaft?

ARGU- MENTE GEGEN DIE AfD

Die AfD ist eine extrem rechte Partei und steht für eine menschenverachtende Politik. Als »Initiative gegen Rechts Regensburg« stellen wir uns ihr entgegen, auf der Straße oder im Internet. Aber auch im Alltag begegnen wir Leuten, die die AfD verharmlosen, verteidigen, wählen wollen oder unterstützen. Solchen rechten Aussagen zu widersprechen braucht neben Zivilcourage auch eine gute Faktenbasis. Die Positionen der AfD zu einigen wichtigen Politikfeldern und wie diese Politik die Gesellschaft zum Schlechteren verändern würde, sind hier zusammengefasst.

Die AfD verteilt Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche...

Während die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht, sollen Unternehmen und GroßverdienerInnen nach dem Willen der AfD künftig noch weniger Steuern zahlen. Die Partei fordert die Abschaffung der Erbschaftssteuer, eine wesentlich geringere Einkommenssteuer für SpitzenverdienerInnen und das Ende der Gewerbesteuer. Dies würde vor allem die Kommunen hart treffen. Die Umlage aus der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer sind die wichtigsten kommunalen Einnahmequellen. Die AfD entzieht den Städten und Gemeinden so die Finanzmittel, um ihre wichtigen kommunalen Aufgaben, wie etwa den Unterhalt von Pflege- und Betreuungseinrichtungen oder die Jugend- und Sozialarbeit zu erfüllen.

...auf Kosten der »kleinen Leute« und der Mitte

Die Zeche für die Steuergeschenke der AfD an Unternehmen und GroßverdienerInnen zahlt die Allgemeinheit. Die von der AfD geplante finanzielle Austrocknung der Kommunen führt zum Abbau kommunaler Leistungen. Öffentliche Schwimmbäder und Spielplätze wären künftig ebenso wenig finanzierbar, wie Kitas, Kindergärten und Jugendzentren. Die finanzielle Unterstützung von Vereinen und karitativen Einrichtungen würde der Vergangenheit angehören. Auch die notwendigen Investitionen in kommunale Infrastruktur, wie in den öffentlichen Nahverkehr oder in Straßen und Radwege, würden dem Sparzwang zum Opfer fallen. Anders als behauptet, vertritt die AfD also nicht »die kleinen Leute«, die von diesem sozialen Kahlschlag besonders betroffen wären.

Die AfD ist gegen Mieterschutz und will InvestorInnen den roten Teppich ausrollen

Die Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist ein zentrales politisches Thema unserer Zeit. Die AfD steht dabei nicht auf Seiten der MieterInnen und EigenheimbesitzerInnen, sondern setzt auf eine Klientelpolitik zugunsten großer InvestorInnen. Immer wieder spricht sie sich gegen den so dringend benötigten sozialen Wohnungsbau und einen stärkeren Schutz von MieterInnen aus. Die AfD fordert die Abschaffung der Mietpreisbremse, der Grunderwerbssteuer auf Wohngebäude und -grundstücke – weiterer Spekulation mit Wohnraum würde damit Tür und Tor geöffnet.

Die AfD will die Zurückdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt

Die AfD hat eine sehr klare Vorstellung von Familie: Vater, Mutter, Kinder. Alleinerziehende oder homosexuelle Paare haben in diesem Bild keinen Platz. Frauen sollen auf die Rolle als Hausfrau und Mutter festgelegt werden. Hierzu setzt die Partei auf die systematische Zurückdrängung aus der Arbeitswelt. Gesetze und Institutionen, die Rechte von Frauen sichern sollen, will sie streichen. So fordert sie die Abschaffung des Bundes-

gleichstellungsgesetzes, der Stellen der Gleichstellungsbeauftragten und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Kommunale Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind der Partei ein Dorn im Auge, weshalb sie immer wieder gegen Kitas oder Kindergärten wettet.

Der Rassismus der AfD ist brandgefährlich

Die Standpunkte der AfD zu Flucht und Migration sind hinlänglich bekannt: Die Grenzen dicht machen, rechtliche und soziale Ansprüche von Flüchtlingen radikal einschränken und sie möglichst schnell abschieben – individuelle Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl werden mit Füßen getreten. Durch ihre hetzerische und häufig offen rassistische Stimmungsmache trägt die Partei dazu bei, das gesellschaftliche Klima gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen ›Nicht-Deutschen‹ zu vergiften. Hiervon fühlen sich rassistische GewalttäterInnen ermutigt, die Folge sind Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen – die Partei betreibt also geistige Brandstiftung.



Die AfD versucht die Unzufriedenheit vieler BürgerInnen aufzugreifen. Durch die von ihr angestrebte gesellschaftliche Spaltung werden die Probleme aber nicht kleiner, sondern größer. Wenn Sie etwas verändern wollen, gibt es viele Möglichkeiten: Vereine, Verbände, Gewerkschaften, demokratische Parteien, lokale Initiativen oder soziale Bewegungen. Werden Sie selbst aktiv für eine lebenswerte und solidarische Kommune. Lassen Sie sich nicht einreden, ein Kreuz bei der AfD wäre ein ›Denkzettel‹ für die anderen Parteien und würde etwas zum Positiven ändern. Es würde ja auch niemand auf die Idee kommen, in einer Kneipe aus der Toilette zu trinken, weil einem das Bier nicht schmeckt.

Die AfD ist eine extrem rechte Partei

Von Beginn an war die AfD ein Sammelbecken für verschiedene rechte und extrem rechte Strömungen. Im Laufe der Zeit konnten sich die radikalen Kräfte innerhalb der Partei mehr und mehr durchsetzen, so dass es in der AfD kaum noch Grenzen zu geben scheint. Unentwegt werden völkisch-nationalistische und autoritäre Gesellschaftsvorstellungen propagiert, das Holocaust-Mahnmal in Berlin wird als »Denkmal der Schande« diffamiert, die Taten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg werden verherrlicht, in antisemitischer Manier wird von einem

angeblichen »Bevölkerungsaustausch« gewarnt, den »interessierte Kräfte im Hintergrund« steuern würden, MuslimInnen werden pauschalisierend in die Nähe des Terrorismus gerückt und man kündigt an, GegnerInnen auf die »politische Sondermülldeponie« befördern und »auf den Gräbern tanzen« zu wollen. Die AfD ist nicht rechtskonservativ oder ausschließlich populistisch, sie ist eine extrem rechte Partei.

- www.initiativegegenrechts.net
- www.facebook.com/IgRRgb
- kontakt@initiativegegenrechts.net

KEIN KREUZ DER AFD

Die »Initiative gegen Rechts Regensburg« ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich gegen Nationalismus, Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien engagiert. Seit der Gründung im Jahr 2016 stellt sich die Initiative rechten Aktivitäten entgegen, um diese möglichst zu verhindern. Der von ihr organisierte Protest ist dabei vielfältig und häufig groß: Im Juni 2018 gingen beispielsweise 1.500 Personen auf die Straße, um gegen eine Veranstaltung mit dem AfD-Politiker Björn Höcke in Lappersdorf zu demonstrieren.

INITIATIVE GEGEN RECHTS

REGENSBURG